

„... hier bin ich, Helmut!“

tz, München

„Wenn die Lebensgeister trübe werden“

SPIEGEL-Redakteurin Renate Merklein über die Erfolgchancen der staatlichen Konjunkturpolitik (II)

Der Neujahrs-Vorsatz wurde langsam leise, das Versprechen klein, ja fast bescheiden.

Erst noch, zu Beginn des Jahres 1974, klang alles ganz sicher und selbstbewußt, da war auch der Ehrgeiz noch groß. Da machte die Bundesregierung bekannt, ihr sei es gewiß doch „möglich, die Arbeitslosenquote auf zwei Prozent zu begrenzen“. Es wurden dann 2,6 Prozent.

Beim nächsten Termin zur Verkündigung der guten Regierungsabsicht lag die Schwelle schon etwas höher. Nun, so hieß es Anfang 1975, sollte die Erwerbslosigkeit auf drei Prozent eingeschränkt bleiben — es wurden fast fünf.

Und so ging es weiter. Für 1976 versprachen die Bonner, gegen Silvester hin sinke die Quote der Stellungslosen auf „rund vier Prozent“ — es waren am Ende dann doch 4,5 Prozent. Nach Köpfen gezählt: Es gab fast 120 000 Arbeitslose mehr als geplant. Im Jahr darauf lautete die Verheißung ein wenig unbestimmt schon: „unter vier“ — nach Tisch lag die amtliche Zahl dann doch erheblich darüber; genau 4,5 Prozent aller Arbeitnehmer waren 1977, offiziell jedenfalls, als erwerbslos gemeldet.

Erst im derzeit laufenden Jahr — zu dessen Beginn die staatlichen Lenker von Wirtschaft und Konjunktur, endlich entnervt durch die Lücke zwischen Wollen und Können, einfach das schlechte Ergebnis von gestern zum Ziel für morgen erhoben — kommen

die einstmals so schönen Pläne in die Nähe der doch nur grauen Realität.

Der Abstieg zu den kleineren Konjunktur- und Beschäftigungszielen war gepflastert mit sehr viel großem Geld. Seit Februar 1974 haben die deutschen öffentlichen Hände immer wieder zusätzliche Millionen und Milliarden ausgeworfen, um die Wirtschaft aus der Baise zu treiben.

Immer wieder suchten eifrige Bundes-, Landes- und Kommunalbeamte ganz Westdeutschland ab, ob mit staatlichen Mitteln noch etwas zu subventionieren, zu bauen, zu graben oder auch zu planieren sei. Immer wieder wurden neue Pläne zur Senkung von Steuern eronnen, mal von den einen, dann von den anderen bemäkelt, und am Ende in leicht korrigierter Form dann doch beschlossen.

Immer wieder versuchten der Kanzler und sein Kabinett, wenigstens die Hoffnung zu stabilisieren. In Zeitungsanzeigen mit Bundesadler verheißten sie, fast beschwörend: „Der Aufschwung kommt.“ Oder: „Nicht beirren lassen — der Aufschwung kommt.“

Was kam, war nur ein kurzes Zwischenhoch. Nur im vorletzten Jahr wuchs das Sozialprodukt wieder kräftig, nur damals sanken die Arbeitslosenziffern ein bißchen: Vom ersten bis zum letzten Quartal 1976 nahm die Zahl der Stellungslosen (saisonbereinigt) um rund 69 000 ab. Seither ist die Lage erneut nur schlecht bis flau.

Von dem einstmals großen Wort, daß eine SPD-geführte Regierung die

Vollbeschäftigung garantiere, ist nur der Schall geblieben, von den vielen Beschäftigungsprogrammen und ihren Milliarden kaum eine Spur.

Eigentlich dürfte das alles nicht sein, eigentlich hätte der Beschäftigungseinbruch, der an der Jahreswende 1973/74 begann, längst beendet sein müssen. Denn schon 1974, bald nach Krisenbeginn, warfen die Bonner Wirtschaftlenker eine dicke Summe, rund 5,1 Milliarden Mark, zusätzlich zwecks Konjunkturunterstützung aus. Im darauffolgenden Jahr vergab der Staat noch einmal Zusatzaufträge im Wert von fast sechs Milliarden Mark. Außerdem verzichteten die öffentlichen Hände 1975 (im Rahmen einer Kindergeld- und Steuer-Reform) auch noch auf 15 Milliarden Mark Einnahmen und borgten sich das dadurch verlorene Geld.

Nach der überkommenen Theorie, aus der die Politiker ihre Konjunkturstrategie schneiderten, hätten diese Riesenbatzen an Geld die Rezession schon damals kräftig lindern und schon damals den von Kanzler Helmut Schmidt verheißenen „langfristigen Aufschwung“ sichern müssen.

Allein die öffentlichen Mehrausgaben — so hatte Schmidt seinerzeit vorgerechnet — würden in der privaten Wirtschaft ein Auftragsvolumen von doppelter Höhe auslösen „und darüber hinaus noch multiplikative Wirkung haben“.

Die Prophezeiung entsprach jenem schönen Modell, wonach eine zusätzliche Staatsausgabe auf die Gesamtnachfrage ähnlich wuchernd wirkt wie

einst der Blick des Herrn auf Brot und Fisch (Markus 8, 1—9).

Die Mechanik, die aus jeder mehr ausgegebenen Staatsmark noch mehr Ausgaben machen soll und deshalb im Fachjargon „Multiplikator“, also Vielfacher heißt, ist simpel: Da wird beispielsweise vorausgesetzt, daß jeder Deutsche — unbeirrt von allem, was sonst noch geschieht — immer einen festen Prozentsatz seines laufenden Einkommens verbraucht. Vor dem Konjunkturreinbruch waren das rund 85 Prozent — der Rest wurde gespart.

Jeder Bürger, der durch einen der zusätzlichen Staatsaufträge sein Einkommen um einen Tausender aufbessern konnte, hätte nach diesem Konjunkturalrechnen 850 Mark ausgeben und damit bei einem anderen wieder etwas einkaufen müssen. Sein Geschäftspartner, dessen Lieferant und deren Zulieferer, kurz alle, die von den so eingenommenen 850 Mark profitieren, hätten davon wiederum 85 Prozent, also 722,50 Mark, für den Kauf von Waren oder Dienstleistungen anlegen müssen.

Und so wäre eine lange Kette entstanden von Ausgaben, die wieder Einnahmen hecken, und von Einnahmen, die wieder zu Ausgaben führen. Am Ende hätte jeder zusätzliche Tausender, den der Staat auswarf, insgesamt zu fast 6700 Mark mehr Nachfrage führen müssen — alle elf Milliarden an Mehrausgaben, die 1974 und 1975 extra zur Konjunkturbelebung beschlossen wurden, mithin zu einem Kauf-Stoß im Wert von immerhin rund 72 Milliarden Mark.

Die Politik funktionierte nicht so, wie eigentlich vorgesehen.

Die wundersame Nachfrage-Mehrung ist der Trick, auf den die Konjunkturpolitiker der gesamten westlichen Welt bislang immer setzten. Nach der Philosophie der sogenannten Globalsteuerung, die in England, den USA und den skandinavischen Staaten schon seit Kriegsende, in Westdeutschland aber erst seit den späten 60er Jahren praktiziert wurde, sorgt der Multiplikator dafür, daß der Staat mit einer geringfügigen und befristeten Ausgabenerhöhung oder -senkung sowie durch kleine, zeitweilige Steuerab- oder -zuschläge leicht und schnell Arbeitslosigkeit wie Inflation bändigen kann.

Westdeutschlands Wirtschaftslenker etwa schrieben sich die Hoffnung, daß auf diese billige und prompte Art innerhalb eines Jahres Teuerung, aber auch Krisen abgemildert und gebremst werden könnten, sogar in ihr 1967 verabschiedetes „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums“.

Doch damals schon waren an den ökonomischen Fakultäten der westlichen Welt Zweifel wach, ob der Staat wirklich mit kleinen Mitteln mühelos

HISTORY OF LONG JOHN

Der Stammbaum von John Macdonald, genannt Long John, beginnt 1274 mit Robert the Bruce, König von Schottland.

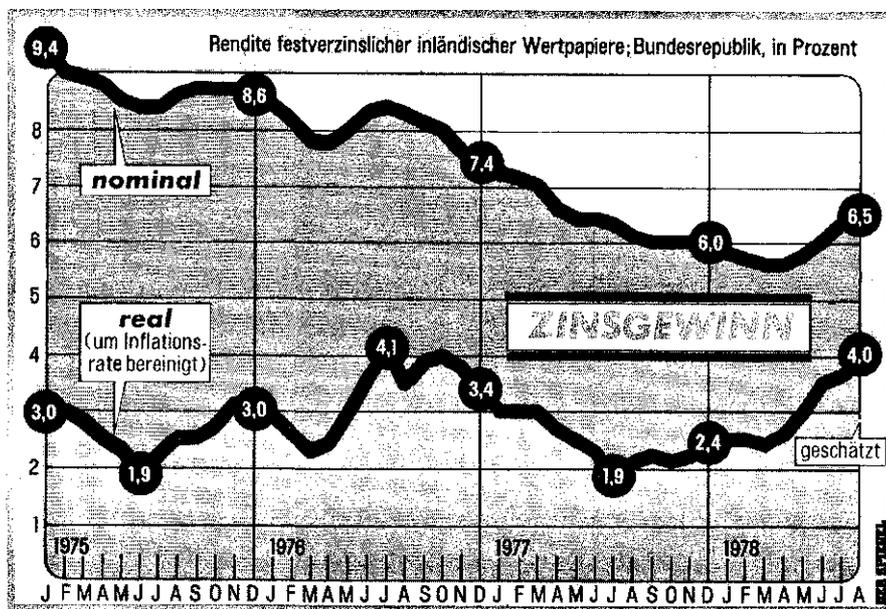
Long John wurde 1796 geboren und brante 1825 seinen ersten „legalen“ Whisky.



Alle Import: ROLAND MARKEN-IMPORT KG - 2800 Bremen 1

c.l.b.

Über kurz oder long sind Sie doch bei Long John.



und rasch die wirtschaftlichen Wechsellagen glätten könne. Damals schon galt die Lehre, wonach jede zusätzliche Staatsmark ganz sicher alle Bürger in einer Art Kettenreaktion zu höheren Konsumausgaben und danach auch alle Unternehmer zu neuer Investitionslust anrege, als überholt.

Einige Amerikaner nämlich hatten herausgefunden, daß der Multiplikator, der Vervielfacher der staatlichen Konjunkturanstöße und damit „das entscheidende Glied“ (der Schweizer Volkswirt Oliver Landmann) der ganzen Politik, in der grauen Realität nicht so funktionierte wie vorgesehen.

Bereits in den späten vierziger Jahren hatte der US-Ökonom James S. Duesenberry entdeckt, daß US-Haushalte nur zögerlich ihre Konsumgewohnheiten an eine Einkommensänderung anpassen. Die Familien, die er beobachtete, erhöhten ihre Verbrauchsausgaben nicht sofort, wenn die Lohntüte plötzlich praller wurde, und sie lebten auch nicht gleich knapper, falls der Verdienst mal geringer ausfiel.

Duesenberrys Landsmann Milton Friedman entwickelte zu den Ergebnissen eine Theorie, die das Nobelkomitee (neben seinen geldtheoretischen Arbeiten) 1976 preiswürdig fand. Danach machen die Bürger ihre Ausgaben nicht vom laufenden Verdienst, sondern von den sogenannten *permanenten*, den als dauerhaft erwarteten Einkünften abhängig.

Normalerweise, so lautet die neue These, neigen in den modernen Industriegesellschaften von heute alle dazu, ihren Lebensstil und ihren Aufwand nach vorsichtiger Hausväter-Art an jene Einkommenshöhe anzupassen, die sie auch in künftigen Jahren noch für (relativ) gesichert halten: Abrupte Steigerungen, die den laufenden Verdienst über das längerfristig erwartete Maß hinaustreiben, verführen die einzelnen Bürger mithin nicht zu einer

ähnlich hohen Zunahme der Konsumausgaben, sie werden vielmehr meistens weitgehend gespart; umgekehrt würden kurzfristige Kürzungen, die niemand für dauerhaft hält, durch eine geringere Sparquote oder durch Auflösung vorhandener Konten ausgeglichen.

Was die neue Erkenntnis für die Konjunkturlenker und ihre Erfolgchancen bedeutet, formulierte Volkswirt Landmann so: „Damit ist der ganze Wirkungsmechanismus, auf den die Stabilisierungspolitik baut, in Frage gestellt.“ Eine nur träge Reaktion der einzelnen Konsumbürger auf kurzfristige Einkommensänderungen führe dazu, daß jeder staatliche Konjunkturimpuls „schon in den frühen Phasen der angestrebten Kettenreaktion versickert“.

Und genau das scheint im Westdeutschland der siebziger Jahre geschehen zu sein.

So war es, als die Bonner Wirtschaftslenker Mitte 1973 einen zehn-

prozentigen Konjunkturzuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer erhoben und das Geld — 1,6 Milliarden Mark im zweiten Halbjahr 1973 — stilllegten, um die Kaufkraft und damit die Inflation zu bremsen: Nach der Konjunkturmaterie hätte eigentlich die inländische Nachfrage sofort um fast den sechsfachen Betrag weniger wachsen müssen als zuvor.

Doch nichts dergleichen geschah. Da die Bürger den befristeten Steuerzuschlag nicht als eine Minderung ihrer dauerhaften Verdienstmöglichkeit ansahen, verringerte sich auch ihre Kaufkraft nicht. Die Sparquote sank ein wenig. Die Inlandsnachfrage stieg im zweiten Halbjahr 1973 fast genauso schnell wie zuvor, um rund zehn Prozent gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. (Erst als die damals begonnene restriktive Geldpolitik der Frankfurter Bundesbank spürbar wurde, sanken Kaufkraft und Teuerungsrate.)

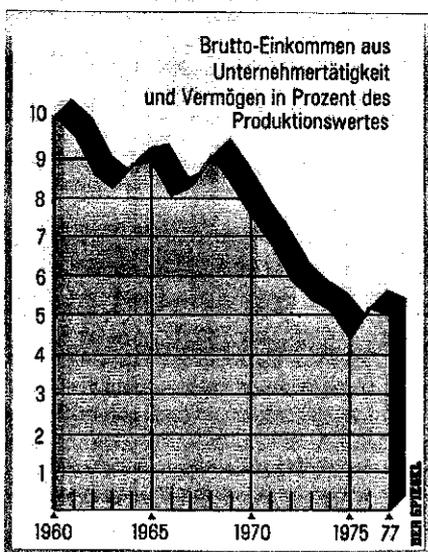
Auf ähnliche Art wurde dann später auch die in die andere Richtung zielende Konjunkturmühe zumindest teilweise frustriert. Allein vom zweiten Quartal 1974 bis zum zweiten Quartal 1975 stiegen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, kräftig getrieben durch staatliche Maßnahmen, um über elf Prozent. Doch die Ausgaben wuchsen nicht in ähnlichem Maß mit.

Ein Geschäftsmann borgt nur, wenn dies profitlich ist.

Offenkundig glaubten die Bürger zunächst jedenfalls nicht, daß die deftige Einkommenserhöhung von Dauer sein könne, und haben deshalb ein Großteil davon gespart: Vom zweiten Vierteljahr 74. als die ersten Anti-Krisenmaßnahmen bereits gestartet waren, bis zum gleichen Zeitraum des darauffolgenden Jahres stieg die Ersparnis noch schneller als das Einkommen: um 25 Prozent.

Die Experten des Sachverständigenrates klagten Ende 1975, als der Staat insgesamt bereits fast 35 Milliarden (außer öffentlichen Mehrausgaben und Steuersenkungen gab es seinerzeit auch noch eine befristete Investitionszulage) zwecks Ankurbelung in die Wirtschaft gesteckt hatte: „Obwohl der konjunkturelle Impuls, der von dem öffentlichen Gesamthaushalt ausgeht, eine Größenordnung erreicht hat, die weit über das bisher bekannte Maß hinausgeht, hat er weder auf den privaten Verbrauch noch auf die Investitionen die stimulierende Wirkung gehabt, die man sich von ihm versprochen hatte.“

Unterdes ist die Größenordnung noch größer geworden. Was die Wirtschaftslenker zwecks „Wiederherstellung der Vollbeschäftigung“ (Helmut Schmidt) aufwandten — sei es für Ausgaben- oder Steuersenkungsprogram-





Wenn Sie alle angeblichen Geheimnisse weglassen und nur auf die Qualität des reinen Baumwollgewebes, seine erstklassige Verarbeitung, die klassischen Formen und den Preis achten, ist das SOR-Hemd für Sie richtig.

Informieren Sie sich bitte in einem unserer Geschäfte, wir schicken Ihnen auch gerne die SOR-Broschüre zur ersten Übersicht.

SOR

HERRENAUSSTATTER

klassisch einfach - einfach klassisch

Hannover, Rathenastraße 8
 Münden, Bäckerstraße 31-33
 Oelde, Am Markt
 Essen, im Handelshof und Limbecker Straße 55
 Gelsenkirchen, Bahnhofstraße 87
 Würzburg, Kaiserstraße 13
 Osnabrück, Krahnstraße 38-39
 Bielefeld, Obernstraße 1 (Crüwellhaus)
 Paderborn, Rathausplatz 9
 Wiesbaden, Burgstraße 6-8
 München, Maximiliansplatz 12
 Lenius Hamburg, Ballindamm 17
 Hemdenstube Hannover, Georgstraße 42
 Hellborn Hannover, Königstraße 50 a
 C. W. Fischer Nürnberg, Helfersplatz 7



me —, addiert sich mittlerweile auf über 73 Milliarden Mark.

Die Programme jagten einander. Kaum war das eine beschlossen, kam schon das nächste. Die Konjunkturpolitik, die laut Gesetz eigentlich als kurzfristiger, auf ein Jahr bemessener Staatseingriff gedacht war, wurde zur Dauereinrichtung.

Zugleich schien sich immer mehr der Verdacht zu bestätigen, daß die Globalsteuerung nicht nur teilweise ineffizient, sondern auch das sein könnte, was die Angelsachsen knapp und prägnant, aber unübersetzbar „counterproductive“ nennen. Gemeint ist der Argwohn, die vielen Konjunkturspritzen seien als Mittel gegen Arbeitslosigkeit etwa ähnlich hilfreich wie der Einsatz von Wasserwerfern bei einem Rohrbruch.

Sicher ist jedenfalls dies: Es gibt gute Gründe für die Annahme, daß Maßnahmen von der Art, wie sie das Bonner Kabinett in den letzten Jahren beschloß, ihr Ziel nur in einer sehr speziellen Situation erreichen könnten.

Denn der Staat muß — wenn er nicht einfach die Notenpresse anwerfen und Inflation erzeugen will — alles Geld, das er zusätzlich durch eigene Ausgaben oder durch Steuersenkungen (bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung seines Budgets) in die Wirtschaft werfen möchte, genau dort erst borgen. Die Regierung, so bespöttelt US-Ökonom Friedman das Verfahren, leihe sich also etwas „mit der rechten Hand von einigen Leuten“ und reiche es „mit ihrer Linken an jene weiter, die von den Staatsausgaben profitieren“.

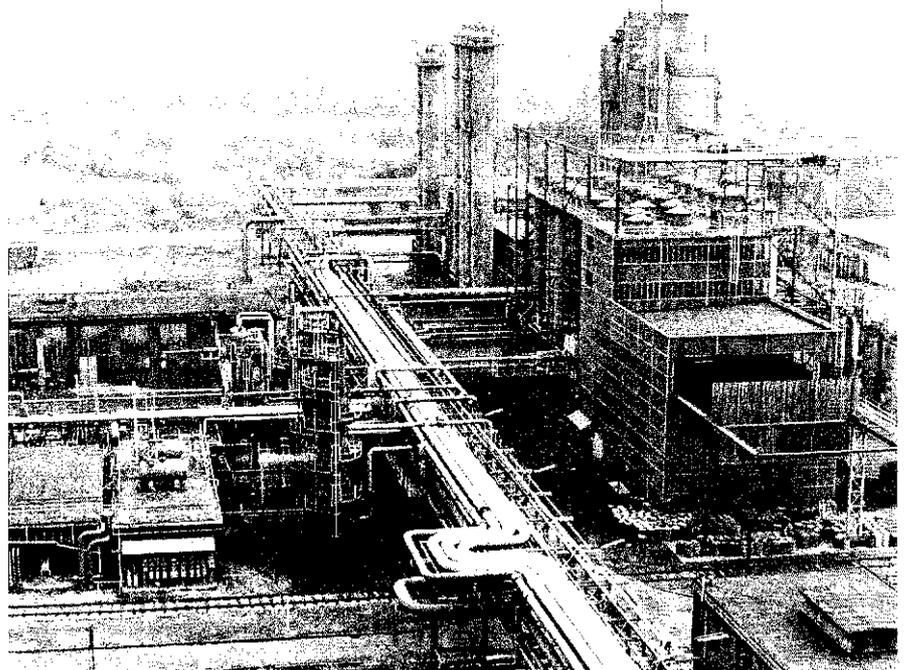
* Kohlevergasungsanlage der Ruhrgas AG in Dorsten, die vor den Konjunkturprogrammen schon einmal stillgelegt worden war.

Das Austauschverfahren, bei dem die Geldgeber und -nehmer oft genug auch noch identisch sind, wirkt freilich nur selten so, wie es sollte. Nur in einem Fall ist es ganz sicher, daß sich die Nachfrage in der gesamten Wirtschaft wenigstens um den vollen Betrag erhöht, den der Staat zwecks Konjunkturbelebung aufnimmt und ausgibt: wenn die öffentlichen Hände sich nur solches Geld borgen, das vorher nutz- und sinnlos bei seinen Besitzern in Schubladen oder auf Girokonten herumlag — wenn es also genügend brachliegendes Kapital gibt, das die Eigentümer herleihen, ohne einen Extra-Bonus dafür zu verlangen.

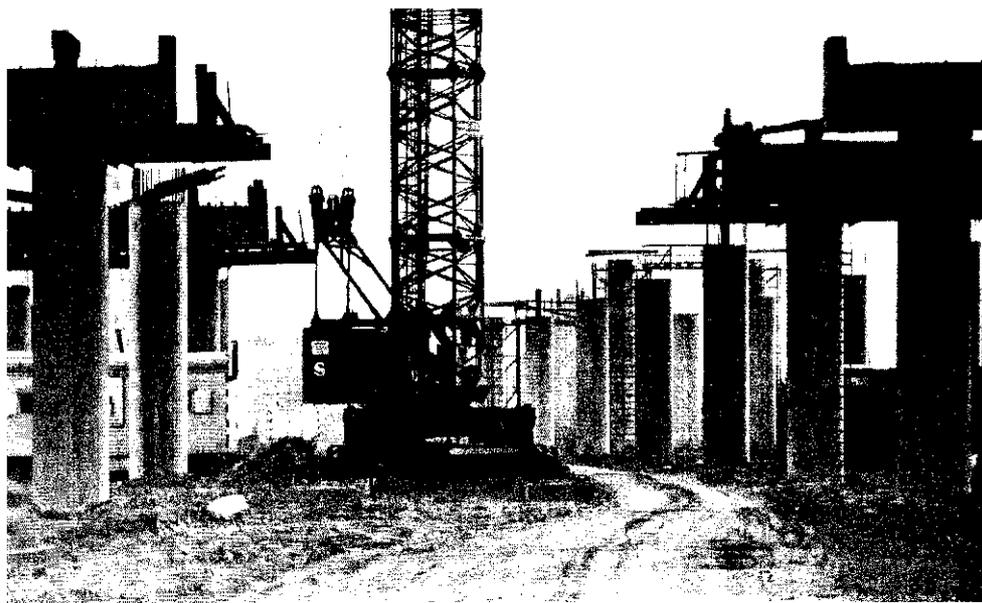
Denn anderenfalls treiben zusätzliche Staatsschulden die Zinsen höher, als sie sonst sein müßten. Und das bleibt wiederum nur in einem Fall ohne schädliche Folgen: wenn alle anderen Bürger der Nation, vor allem alle Investoren, sich davon überhaupt nicht beeindrucken lassen — wenn also niemand, kein Unternehmer, der seine Fabrik auf Pump erweitern wollte, und kein Familienvater, der auf Kredit ein Eigenheim erwerben möchte, seine Pläne bei steigenden Zinsen lieber vertagt.

Freilich, nur selten horten Sparer dauernd viel Geld im Strumpf, nur um es dem Staat bei Bedarf wohlfeil zu leihen. Und Investoren, die nicht auf den Zins schauen, sind rar in der kapitalistischen Welt, in der das „Profitgesetz“ gilt, wie die Linken gern kritteln.

Warum das so ist, das hat Lord Overstone, Bankier und Ökonom in London des 19. Jahrhunderts, einmal ganz schlicht erklärt: Ein Geschäftsmann, so der Lord, borge nur, wenn



Konjunktur-Ausgabe Kohlevergasung*: Wuchernd wie der Blick des Herrn?



Konjunktur-Ausgabe Straßenbau: Schon früh versickert?

„dies profitlich“ sei, „es wäre aber nicht profitlich für ihn, wenn der Zins seinen Profit verschlänge“.

Zu deutsch: Die Gefahr, daß der Staat — wenn er um der Beschäftigung willen allzuviel kreditfinanzierte Aufträge austeilt und allzu drastisch die Steuern senkt, ohne gleichzeitig seine Ausgaben zu kürzen — die Zinsen treibt oder ihr Absinken bremsst und folglich die Investitionslust dämpft, ist immer groß und gewichtig.

Oft gleichen deshalb die westlichen Konjunkturlenker von heute jenen Damen aus der griechischen Mythologie, die unermüdlich Wasser in ein Faß mit durchlöcherter Boden schöpfen. Immer, wenn sie mit staatlichen Zusatzausgaben oder mit Steuersenkungen, die durch zusätzliche Kredite finanziert wurden, die Nachfrage zu vergrößern versuchen, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, daß die Lage nachher nicht wesentlich heller erscheint als zuvor: weil Fabrikanten, Handwerker und Bankiers wegen steigender oder zuwenig sinkender Zinsen ihre Orders verringern, manchmal um genau den Betrag, um den der Staat die seinen erhöht (oder die Steuern senkt).

Ohne Konjunkturpolitik auf Pump wären die Zinsen stärker gesunken.

Manchmal kann es sogar passieren, daß die private Wirtschaft ihre eigenen Ausgaben kurzfristig mehr kürzt, als die öffentlichen gesteigert werden, daß mithin Konjunkturpolitik auf Pump die Krise, die damit bekämpft werden soll, nur verschärft und verlängert.

Ob und wie stark dieser böse Effekt in Westdeutschland während der vergangenen Jahre durchschlug, kann niemand exakt berechnen und messen.

Gewiß ist nur dies: Die Summen, die der Staat (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) in den vergange-

nen Jahren borgte und in Zukunft noch borgen will, waren und sind so gewaltig, daß sie den Zins, den Preis für geliehenes Geld, der wie jeder andere Preis von der Angebots- und Nachfragemenge abhängig ist, beeinflussen mußten und weiter beeinflussen werden.

Von Anfang 1975 bis Ende 1977 pumpeten sich die öffentlichen Hände, die in den frühen 70er Jahren noch mehr gespart als geborgt hatten, insgesamt und netto (nach Abzug der gleichzeitig zurückgezahlten alten Schulden) 132,5 Milliarden Mark, das sind 46,2 Prozent der gesamten Netto-Ersparnis, die alle privaten Haushalte während dieser Zeit anhäuften. Auch in diesem und im nächsten Jahr, das steht jetzt schon fest, wird der Staat einen ähnlich hohen Teil der verfügbaren Leihkapitalien für sich beanspruchen.

Ohne die vielen teuren Konjunkturprogramme auf Pump, das meinen jedenfalls fast alle Experten, wären die realen Zinsen, die in den vergangenen Jahren — wie stets bei abflauernder Konjunktur — zurückgingen, wesentlich mehr gefallen. „Wieviel stärker die Zinssenkungstendenz bei geringerem öffentlichen Defizit gewesen wäre“, so sagt Olaf Sievert, Saarbrücker Ökonom und Vorsitzender des Sachverständigenrats, „wissen wir nicht, aber jedenfalls wäre sie stärker gewesen.“

Zudem: An den delikatesten Märkten des Westens, an den Börsen für langfristig ge- und verliehenes Kapital, zählt nicht allein nur die Masse; nicht nur die Höhe der gewünschten Kredite und die Menge an angebotenem Spargeld machen dort den Preis. Wo Geld zu einem festen Zinssatz über viele Jahre angelegt wird, haben auch Furcht, Angst und Hoffnung einen Marktwert.

Jedesmal wenn die Regierung ein neues Konjunkturprogramm auch nur ankündigte, hüpfte der langfristige (reale) Zins, oft noch zusätzlich getrieben durch ein ungeschicktes Schulden-

Deutsche Boots-Ausstellung International Hamburg

21.-29. Oktober 1978

Bitte, fordern Sie das Hamburg-Infopaket an.

Hamburg Messe und Congress GmbH
Deutsche Boots-Ausstellung
Postfach 302 360, D-2000 Hamburg 36

Name _____

Anschrift _____

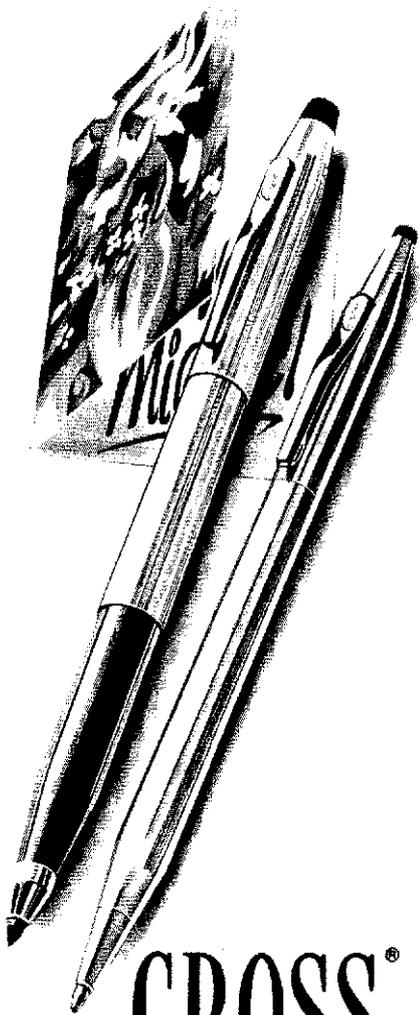
Ein Geschenk fürs Leben

Cross-Schreibgeräte. Ihre schlanke Eleganz ist zeitlos. Ihre Technik funktioniert mit der Präzision eines Uhrwerks. Ein Leben lang.

Deshalb auch die lebenslange bedingungslose Funktions-Garantie auf jedes Modell.

Cross-Schreibgeräte erhalten Sie bei führenden Fachgeschäften in hochwertigem Chrom, 925 Sterling-Silber, 12 und 14 Karat Walzgold sowie Massivgold.

Weltweit erkennbar an dem schwarzen Krönchen.



CROSS[®]
SINCE 1846

Cross Deutschland GmbH, Mainz. Tel. 06131 46116
In der Schweiz:
Sigrüst & Schaub, Morges. Tel. (021) 710421
European Marketing: A.T. Cross Ltd., Dublin 2,
Republic of Ireland.

management der Bonner, für einige Zeit nach oben.

Denn an den Kapitalmärkten weckte jedes Beschäftigungsprogramm und jede Steuersenkung, die nicht durch eine Kürzung der ohnedies überreichen Staatsausgaben gedeckt war, statt Aufschwungshoffnung nur Angst: Angst, daß eine zu schnell wachsende Staats-schuld die öffentlichen Budgets durch Zins- und Tilgungsverpflichtungen bald so beengen könnte, daß den Regierenden am Ende nur noch eine steigende Inflationsrate hülfte; Angst sogar, daß die öffentlichen Hände eines Tages ihre Kredite und Zahlungsver-sprechen aus Not für null und nichtig erklären müßten, weil der mit den (Ausgaben-)Programmen stets wach-sende Staatsanteil immer weniger Raum lassen könnte für Nicht-Beamte und Nicht-Behörden, kurz für die pri-vate Wirtschaft und damit für jenen Teil der Gesellschaft, der das Brot und den Aufstrich für alle erarbeiten muß.

Die Furcht und die Ängste mochten manchem Politiker in Bonn so wenig begründet erscheinen (und vielleicht auch tatsächlich noch so wenig begrün-det sein) wie die Vorhersage, daß am nächsten 30. Mai nun endlich der Welt-unterschied stattfinde. Und dennoch hinterließen sie deutliche Spuren. Denn an den Märkten, an denen Entscheidungen für die nie genau berechenbare Zu-kunft getroffen werden, an denen Bür-ger etwa ihr Geld herleihen, ohne je ganz sicher zu sein, ob sie alles wieder-bekommen werden, treibt Unsicherheit, vor allem politisch verursachte Unsi-cherheit, die Prämie fürs Zittern und Bangen und damit den Preis.

So war es beispielsweise, als im Som-mer 1975 das gesamte Ausmaß der Summe (70 Milliarden) bekannt wurde, die der Staat damals zwecks Konjunk-turstützung (für Programme und zum Ausgleich der konjunkturell bedingten Steuermindereinnahmen) zu borgen ge-dachte. Obwohl die Bundesbank Mil-liarden aufwandte, um festverzinsliche Staatspapiere aufzukaufen und damit den Preis für langfristiges Kapital zu drücken, stieg der reale Zins mitten in der tiefsten Krise (siehe Graphik Seite 98).

Die Kur heilt nur eine besondere Art von Arbeitslosigkeit.

Und ähnlich, wenn auch nicht ganz so heftig, reagierte der Markt bei fast allen anderen Programmen. Der lang-fristige Realzins stieg etwa im vergan-genen Spätsommer, als die Regierung das damals neunte Konjunkturpro-gramm — Steuersenkungen zum 1. Jan-uar dieses Jahres im Wert von zehn Milliarden Mark, die der Staat zur Aufrechterhaltung seiner Ausgaben zu-sätzlich pumpen wollte — zu beraten begann.

Und er stieg auch wieder kräftig, als im Mai und Juni dieses Jahres ruchbar



Wirtschaftsforscher Keynes
Konjunkturpolitik erdachten

wurde, daß die regierende Koalition eine weitere, unterdes beschlossene, kreditfinanzierte Konjunkturspritze (Steuersenkungen und zusätzliche Staatsausgaben) vorbereiten wollte.

Obwohl für dieses neue Programm, über dessen Details sich Bundesrat und Regierung noch streiten, bislang kein zusätzlicher Pfennig geborgt wurde, liegt der reale Kapitalzins derzeit bei vier Prozent — so hoch war er selten, und gewiß nicht in so mageren Kon-junkturzeiten wie heute. „Die Zinsen für langfristiges Kapital“, so schrieb jüngst der Verband privater Hypothe-kenbanken, drohten „allmählich reali-tätsfern zu werden“.

Es spricht viel dafür, daß die zu langsame und zu geringe Zinssenkung der vergangenen Jahre, die dazu noch immer wieder — wie auch jetzt gerade — durch Zinssteigerungen unterbro-chen wurde, in der privaten Wirtschaft manche Ausgaben verhindert hat, die sonst getätigt worden wären.

So kippte etwa der kleine Auf-schwung 1976 an der Jahresmitte wie-der ab, nachdem die realen Zinsen gestiegen waren. Damals war das soge-nannte Geschäftsklima, das von den Forschern des Ifo-Instituts als Indiz für die Ausgaben- und Investitionspläne der verarbeitenden Industrie gewertet wird, im ersten Quartal recht gut.

Die Zahl jener Firmenleiter, die für die nächsten sechs Monate eine Aus-weitung ihrer Geschäfte erwarteten, überstieg die Zahl der Pessimisten um 19 Prozent. Als dann jedoch der Real-zins bis zum Beginn des dritten Quar-tals von ehemals 2,4 auf vier Prozent geklettert war, verflög die gute Investi-tionslaune, und wenige Monate später schon sanken dann auch die Inlandsbe-stellungen von Investitionsgütern.

Daß Konjunkturpolitik auf Pump „nachteilige Rückwirkungen auf Investitionen“ haben kann, davor hat schon 1936 John Maynard Keynes, der als Erfinder der staatlichen Anti-Krisen-Maßnahmen gilt, in seinem berühmten Buch „Die allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ gewarnt. „Die Finanzierungs-methode der Politik“, so Keynes, „kann den Zinsfuß in die Höhe treiben und so die Investitionen in anderen Bereichen zurückdrängen.“

Und: „Durch die verworrene Psychologie, die oft vorherrscht, mag ein Regierungsprogramm durch seine (negativen) Effekte auf die Zuversicht die Liquiditäts-Vorliebe erhöhen (die Sparrer also dazu veranlassen, ihr Geld lieber zu horten, statt es als Leihgeld zu verborgen) oder die Gewinnerwartungen vermindern, was die Investitionen noch weiter zurückdrängen kann.“

Konstruiert hatte der Brite die staatliche Konjunkturpolitik ohnedies nur



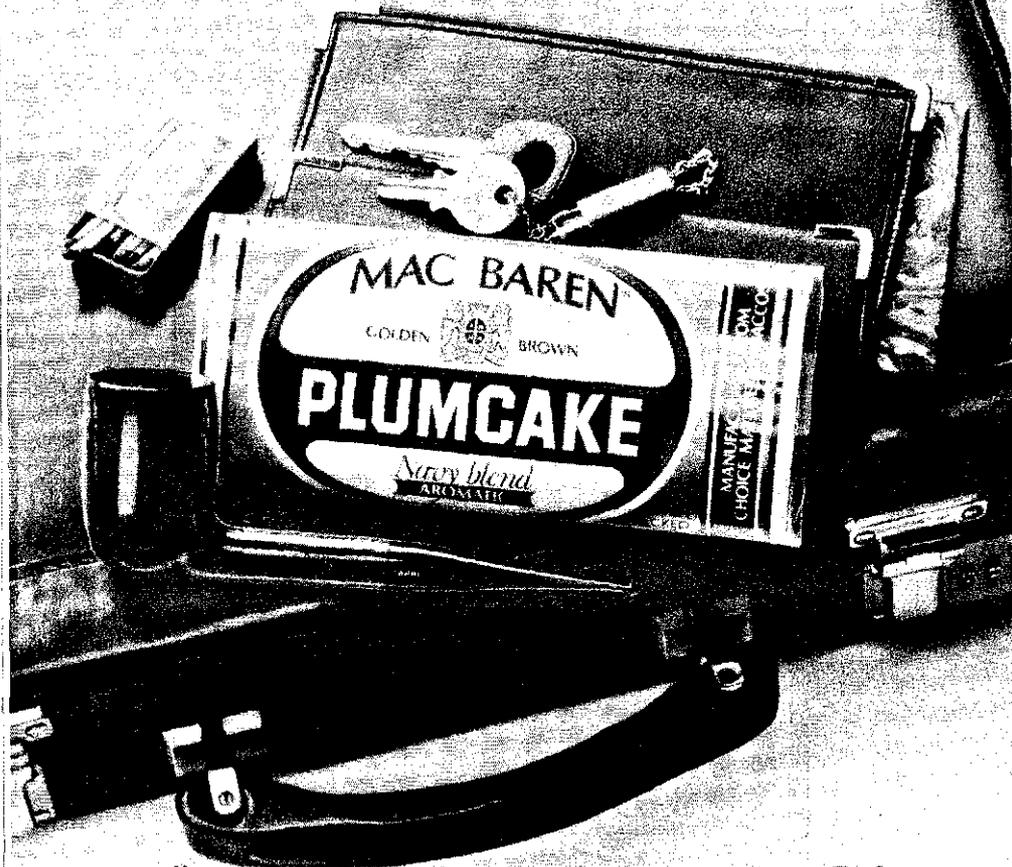
Wirtschaftsforscher Friedman
Die Wirkung in Frage gestellt

als Kur gegen eine ganz besondere Art von Arbeitslosigkeit und eine ganz spezielle, allerdings sehr gefährliche Krisen-Sorte: gegen jene Sorte von Konjunkturreinbrüchen nämlich, die zustande kommt, weil alle Unternehmer in einem eigentlich grundlosen, nur atmosphärisch bedingten Anfall von kollektiver Schwarzseherei nicht mehr daran glauben, daß künftig noch irgendwo ein Gewinn winkt.

Der erfolgreichste Geschäftsmann unter den renommierten Politökonomien, der im Alter von 36 Jahren bereits Millionär war, obwohl er mit nichts begonnen hatte, wußte aus Erfahrung genau: Die Erfolgchancen von unternehmerischen Investitionen, von deren Höhe die Beschäftigung abhängig ist, sind *niemals* genau vorher zu berechnen. (Auch nicht von „1200 Sachverständigen“, wie der derzeitige deutsche Finanzminister Hans Matthöfer treuherzig glaubt.)

Anders als beim Roulett, wo die mathematische Wahrscheinlichkeit eines Gewinnes ganz genau zu errechnen

Mac Baren ist bei Dir - überall.



Überall begleitet Sie das volle Aroma, der markante Duft Ihres Tabaks. Mac Baren hat für jede Geschmacksrichtung die richtige Mischung. Plumcake zum Beispiel. Die klassische Mac Baren Sorte.

Aus sechs verschiedenen Tabakarten gemischt.

Plumcake ist wie jede der 16 Mac Baren Sorten überall auf der Welt erhältlich.

Geschmack kann wechseln. Die Marke bleibt **MAC BAREN®**



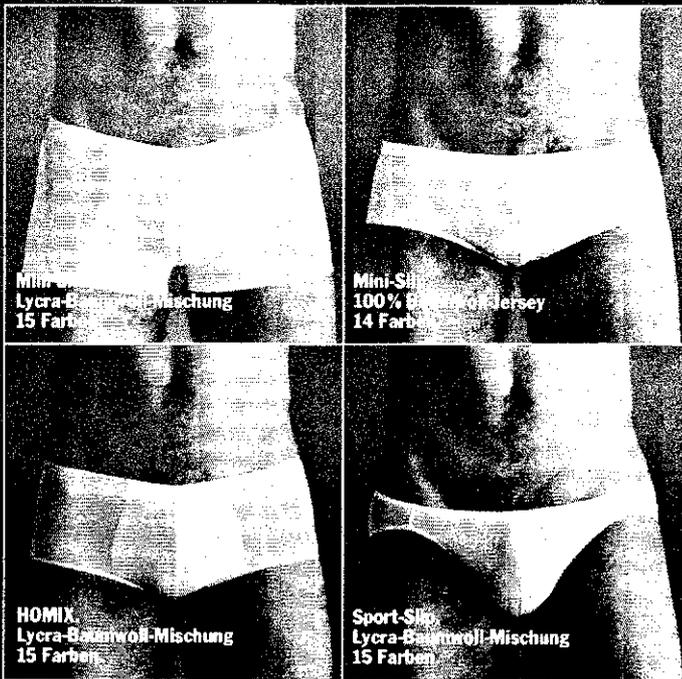
Tobaccos of international distinction
Mac Baren wird exklusiv importiert durch:

Joh. Willh. von Eicken
THE HOUSE OF FINE PIPE TOBACCO

HOM

HOM V-Shirt
100% Baumwoll-Jersey
2 Farben.

Die Slips von HOM. Für die Freiheit dort, wo der Mann anfängt.



HOM Textilvertriebsgesellschaft mbH, Flurstrasse 21, 4 Düsseldorf, Tel. 666101
Auch in der Schweiz und in Österreich erhältlich.



nen ist (sie ist beim Setzen auf Rot oder Schwarz immerhin 48,65 Prozent), können Investitionsentscheidungen, wie alle anderen wirtschaftlichen, persönlichen und politischen Entscheidungen, die in die Zukunft zielen, „nicht auf strenge mathematische Erwartungen gegründet werden, weil es keine Basis für solche Berechnungen gibt“ (Keynes).

Deshalb bleiben Schätzungen über künftige Ertragschancen, aller raffinierten Markt- und Absatzforschung zum Trotz, am Ende immer subjektiv, immer abhängig von der delikaten Balance zwischen Hoffnung und Furcht bei jenen, die sie aufmachen. Deshalb auch werde die Unternehmungslust, so der Forscher, „verwelken und sterben“, wenn in der Geschäftswelt „die Lebensgeister trübe werden und der spontane Optimismus stockt“.

Und nur für diesen Fall, in dem eigentlich jeder Händler, Handwerker und Fabrikant gut verdienen könnte, wenn nur alle, er und seine Kollegen, an ihre Chancen glaubten, hat der britische Forscher staatliche Hilfe empfohlen.

„Was hübsch wäre, wenn man es hätte, und was zu bekommen möglich ist.“

In einer solchen Situation, in der Unternehmer nur deshalb keine neuen Maschinen mehr kaufen, weil sie fürchten, daß andere Fabrikanten ihnen nicht mehr viel abnehmen werden, könne und müsse der Staat — so beschreibt der Schwede Axel Leijonhufvud, der derzeit in der Fachwelt bekannteste Keynes-Interpret, die Empfehlung des Meisters — durch Konjunkturmaßnahmen, durch direkte kreditfinanzierte Aufträge etwa, die „unternehmerischen Voraussagen korrigieren“ und so „die Selbsterfüllung der pessimistischen Prophezeiungen verhindern“.

Nur dann nämlich entstände sonst, was Keynes die „unfreiwillige Arbeitslosigkeit“ nannte: eine Situation, in der eigentlich alle beim geltenden Lohn mit Gewinn für ihre Arbeitgeber beschäftigt sein könnten und es nur deshalb nicht sind, weil die Investoren einem „ungebührlichen Pessimismus“ (Leijonhufvud) huldigen.

In einer solchen Krise auch, in der sich die Kosten, speziell die Lohnkosten, bereits auf jene Höhe eingependelt haben, die sie auch bei Vollbeschäftigung schadlos haben könnten, reichen — jedenfalls im Anfangsstadium — meist relativ kleine staatliche Mittel, die leicht und ohne nachteilige Folgen am Kapitalmarkt aufgebracht werden können, um die Lebensgeister der Geschäftswelt wieder ganz wachzurütteln; manchmal sogar genügt schon die Verkündung von Hilfen, um die „ungehorsame Psychologie“ der Investoren (Keynes) wieder zu stabilisieren.

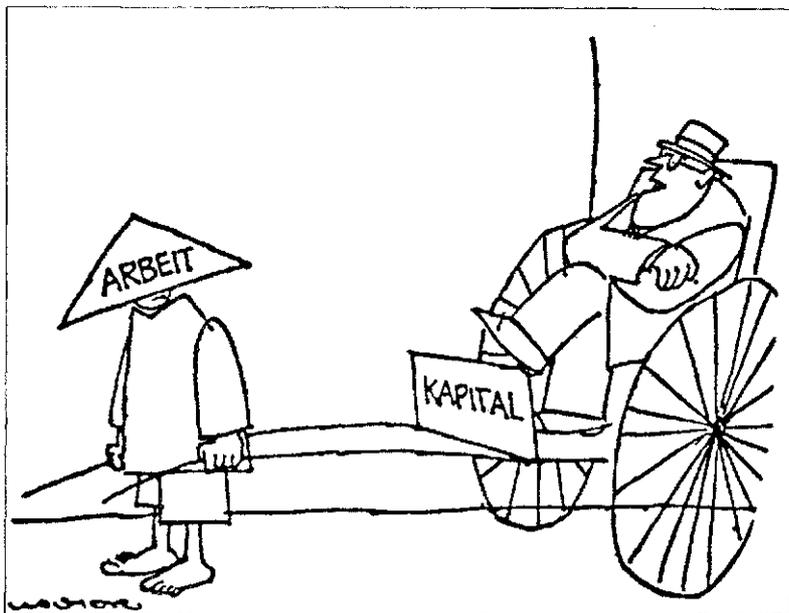
So war es etwa in der Rezession von 1966/67, dem ersten schweren Konjunkturrückgang, den Westdeutschland in der Nachkriegszeit erlebte. Damals hatten die Tarifvertragsparteien relativ niedrige Lohnzuwächse beschlossen; nur: Die Unternehmer waren noch unangemessen pessimistisch. Doch sie begannen schon ab Februar 1967, als die ersten Konjunkturmaßnahmen zwar schon geplant, aber noch keine zusätzliche Staats-Mark ausgegeben war, wieder Mut zu schöpfen; schon von da ab stiegen wieder die inländischen Auftragsgänge der Investitionsgüter-Produzenten.

Es zählt zu den Paradoxien der Wirtschaftsgeschichte, daß das relativ schnelle Ende der 66/67er Rezession zum ökonomischen Mißerfolg der 70er Jahre beitrug. Denn damals begannen sich bei Politikern, Gewerkschaftern

„zwischen dem, was hübsch wäre, wenn man es hätte, und dem, was zu bekommen möglich ist“ (Machlup).

Es sind die Mitglieder jener Ökonomie-schule, die sich selbst Keynesianer nannten und von ihren Gegnern das Beiwort „vulgär“ verliehen bekamen. Denn sie lieferten die wissenschaftlichen oder zumindest wissenschaftlich klingenden Begründungen für die schöne Formel, daß die Arbeitnehmer nicht mehr vorzugsweise selbst (etwa durch zeitweilig vorsichtige Lohnpolitik) für ihre Beschäftigungschancen zu sorgen hätten; manche meinten sogar, daß eine derartige Selbsthilfe nutzlos sei.

Keynes, der Lehrmeister, auf den sich alle dabei berufen, hatte das freilich ganz anders gesehen: Sogar jene Sorte von Unterbeschäftigung, die durch unbegründeten Pessimismus der



„Quatsch nicht! Das war immer so!“

Welt der Arbeit

und auch bei manchen Unternehmen die Idee zu verfestigen, der Staat könne *jedwede* Krise meistern, wenn die Regierung nur wolle.

Mitschuldig an diesem Mißverständnis, das nicht allein nur in der Bundesrepublik umging und nicht allein nur hierzulande immer noch weiterwuchert, war auch die Wissenschaft. Genauer: Mitschuldig waren jene Forscher, die aus der politischen Ökonomie, aus der „düsteren“, der „trostlosen“ Wissenschaft — wie der englische Historiker Thomas Carlyle (1795—1881) die Disziplin genannt hatte, die immer mitteilen muß, daß alle Mittel knapp und deshalb nie alle Wünsche erfüllbar sind — eine „fröhliche Lehre“ machten (so der austro-amerikanische Volkswirt Fritz Machlup).

Es sind jene Ökonomen und über Ökonomie plaudernden Politologen, die stets den Unterschied vergaßen

Unternehmer entsteht, die Arbeitslosigkeit also, die von ihm das Beiwort „unfreiwillig“ bekam, sei — so hatte der Forscher vermutet — im Prinzip jedenfalls auch ohne Staatshilfe, durch Anpassung der Reallohne nämlich, zu heilen.

Warum Keynes statt dessen für solche Situationen staatliche Ankerbe-lungsmaßnahmen ersann und dafür bis heute zu Recht gerühmt wird, erklärt Keynes-Interpret Leijonhufvud so: Um unangemessen und plötzlich absackende Gewinnerwartungen der Unternehmer ohne Staatshilfe wieder zu stabilisieren, müßten die realen Löhne erst einmal für einige Zeit weit unter das Niveau tauchen, das sie schadlos bei Vollbeschäftigung haben könnten — nur um nachher, wenn der Trick funktioniert hat, wenn die irrationale Angst-welle unter den Fabrikanten dank der gesunkenen Kosten abebbt und alle wieder an ihre Chancen glauben, auto-



**Hailo bietet mehr:
Stufe um Stufe
Sicherheit und Komfort!**



Hailo-Stufenstehtleiter

aus Leichtmetall mit der großen Arbeitsschale für den täglichen Gebrauch.

- Stabile, sichere Konstruktion
- Arbeitsschale mit Spezialaufteilung für Arbeitsutensilien
- mit Eimerhaken und Halterung für Werkzeuge
- Stand- und Trittflächen mit rutschsicherer Riffelung
- Hochbelastbare Stufen und Plattform
- nach DIN 4566
- 3 Jahre Garantie

**Sicherheit
und
Komfort:
Hailo**

**Bon: Fordern Sie bitte
Informationsmaterial an.**

Hailo-Werk 8342 Haiger
Postfach 149
S 3178



Börse in Frankfurt: Furcht, Angst und Hoffnung haben einen Marktwert

matisch und sofort auf die alte Höhe zu steigen.

Alle von Keynes erdachten konjunkturpolitischen Empfehlungen, so Leijonhufvud, „gelten nur für diesen (sehr seltenen) Fall“. Sie sollten der Gesellschaft derart unsinnig, nur durch eine übertrieben wankelmütige Unternehmenspsychologie hervorgerufene Wechselbäder ersparen, da deren „soziale Konsequenzen zu kostspielig und zu gefährlich sind“ (Leijonhufvud).

Niemals dagegen hat der Brite behauptet, die Arbeitnehmer könnten dank staatlicher Konjunkturpolitik den Spruch, wonach jeder, der mehr fordert, als er leistet, seinen Job gefährden, vergessen. Im Gegenteil: Keynes nannte die Unterbeschäftigung, die entsteht durch „die Weigerung oder die Unfähigkeit“ der Arbeitnehmer, sich mit einem (realen) Lohn oder einem Lohnzuwachs zu begnügen, der ihrer Leistung entspricht — gleichgültig, ob dies durch „die Gesetzgebung, durch soziale Praktiken oder durch kollektive Tarifverhandlungen oder durch zu langsame Anpassung an Änderungen oder durch bloßen menschlichen Starrsinn“ verursacht ist —, „freiwillige Arbeitslosigkeit“.

Und damit war für ihn das Thema beendet. Denn gegen den so verursachten Stellenmangel, der heute etwas gefälliger „Mindestlohn-Arbeitslosigkeit“ heißt, hatte auch Keynes kein anderes Rezept als all jene Ökonomen, die im Fachjargon „Klassiker“ oder „Neoklassiker“ heißen und für diesen Fall empfehlen, daß die Löhne eine Zeit-

lang etwas weniger als die Leistung steigen.

Die Epigonen des Meisters jedoch haben das stets übersehen. Sie propagierten die staatliche Konjunkturpolitik als Patentrezept gegen alles und jedes.

Der neue Glaube erreichte die Bundesrepublik, in der wissenschaftliche Entwicklungen immer nur verzögert wahrgenommen werden, erst spät, dann aber heftig. Zu Beginn der siebziger Jahre verbreitete sich überall in Lande die Überzeugung, Vollbeschäftigung sei im Bedarfsfall von irgendeiner Bonner Amtsstube aus leicht — gleichsam auf Knopfdruck — herzustellen. Politiker garantierten „jedem einen Arbeitsplatz“ (so der damalige Bundeskanzler Willy Brandt), und fast alle Bürger, vor allem alle Gewerkschafter, haben den Schwüren geglaubt.

„Auch die Vollbeschäftigungsgarantie der Regierung stiftete Schaden.“

„Zweifellos“, so urteilen heute die Experten des Münchner Ifo-Instituts, habe „auch die Vollbeschäftigungsgarantie der damaligen Bundesregierung“ auf dem Arbeitsmarkt „Schaden angerichtet“.

Denn das dadurch erzeugte blinde Vertrauen auf eine staatliche Beschäftigungspolitik hatte, einem schleichen Gift gleich, die eigenen Abwehrkräfte der Wirtschaft bereits geschwächt, als dann gegen Mitte der 70er Jahre die schweren Schocks kamen: die plötzliche Verdreifachung der

Öl-Einfuhrpreise; kurz zuvor: die abrupte Abkehr von einem festen Wechselkurs, der die deutschen Waren auf den Weltmärkten billig und deshalb begehrt gemacht hatte; die schnelle, vielleicht sogar allzu fixe Abbremsung einer hohen Inflation (Mitte 73 bis Ende 74) und dann noch ein Einbruch der ausländischen Konjunktur (Winter 74/75) — Stöße also, die auch eine noch auf Selbstheilung eingestellte Marktwirtschaft schwer (wenn vielleicht auch nicht so schwer und so langanhaltend) getroffen hätten.

Die staatliche Beschäftigungsgarantie verführte vor allem die Gewerkschaften zu der seltsamen Annahme, daß auf den Märkten, auf denen menschliche Arbeitskraft — einer Ware gleich, wie die Linken im Lande gern kritteln — ge- und verkauft wird, jenes ziemlich eherne Gesetz nun nicht mehr gelte, wonach die Absatzchancen von der Höhe des Preises abhängig sind. Die Arbeitnehmerorganisationen, die früher sorgsam darauf geachtet hatten, daß der Einkauf von Arbeit für Unternehmen erschwänglich blieb und bei jeder plötzlichen Belastung der Firmenerträge durch Konjunkturrückgänge für einige Zeit bescheiden waren, verkündeten nun: „Die Verantwortung für die Beschäftigung tragen vor allem die Unternehmen und die staatliche Beschäftigungspolitik“ (IG-Metall-Chef Eugen Loderer).

Und auch die Mitglieder der anderen Tarifpartei, die Manager und Unternehmer, gaben sich der staatsgläubigen Hoffnung hin, die Regierung, die ja

Überlastung Kopfschmerzen: sofort Boxazin S



Überlastung führt oft zu Kopfschmerzen und allgemeiner Abgeschlagenheit. Das sprudelnde Boxazin S hilft rasch und ist verträglicher. Denn vollkommen in Wasser gelöste Wirkstoffe nimmt der Körper leichter – und schnell – auf. Und soviel Vitamin C wie aus 7 Zitronen macht wieder frisch und leistungsfähig.

schließlich volle Beschäftigung versprochen hatte, werde es schon richten, daß alle Firmen auch bei noch so kräftig erhöhten Kosten ihre Produkte verkaufen und dadurch überleben könnten.

Im Vertrauen darauf, daß „die Wirtschaftspolitik (sichere Arbeitsplätze gewährleisten“ (Brandt-Regierungserklärung 1969) werde, hielten sich die Tarifvertragsparteien bereits in dem kleinen, heute fast vergessenen Konjunktur-einbruch von 1971, der allerdings die Gewinnmarge der Firmen auf einen wesentlich tieferen Stand als 66/67 gedrückt hatte, nicht mehr ganz an jene unabänderliche Regel, die Karl Marx schon kannte.

„Die Grenze der Beschäftigung von Arbeitern“, so trug der Gelehrte vor, der anders als seine heutigen Jünger die Regeln des westlichen Wirtschaftssystems sorgfältig studiert hatte, sei „nämlich die Möglichkeit für den Unternehmer, einen Profit aus ihrem Arbeitsprodukt“ herauszuziehen. Bei zu starken Lohnsteigerungen erschlafe, so Marx, „die Akkumulation“ (in heutigem Deutsch: die Investition), „weil der Stachel des Gewinns abstumpft“.

Die gesamte Ölrechnung des Landes wurde allein von den Firmen bezahlt.

Die Lohnabschlüsse im Rezessionsjahr 71 und danach ließen den Firmen nur noch bescheidenen Raum für einen Gewinn. Vom zweiten Quartal 70, als der leichte Abschwung begann, bis zum zweiten Quartal 72, als der Aufschwung, dank der durch Inflation im Ausland geschürten Exportnachfrage, an Fahrt gewann, stiegen die realen Stundenlöhne in der Industrie um 14,1 – die Leistung, das Arbeitsprodukt je Stunde, jedoch nur um zehn Prozent.

Die Folge: Der Aufschwung von 1972/73 blieb klein, im Vergleich zu früheren Boom-Zeiten nur ein Hügelchen. Anders als in allen anderen Konjunkturaufschwüngen der Nachkriegszeit sanken während dieser Zeit die Gewinnmargen (siehe Graphik Seite 98) und die Investitionen weiter, wenn auch nicht so stark wie in der Rezession zuvor; und die Zahl der Arbeitslosen, die im Verlauf des Abschwungs von rund 140 000 (0,6 Prozent der Arbeitnehmer) auf eine Viertelmillion (ein Prozent) gestiegen war, ging nie wieder auf das alte Niveau zurück; viele Unternehmen arbeiteten in dem Mini-Aufschwung von 72/73 hart am Rande des Ruins.

Das gefährliche Vertrauen auf die Beschäftigungsgarantie der Regierung, das auf diese Art bereits zu einem schleichenden Stellenschwund führte, hat dann auch die Wucht des Ölshocks erheblich verstärkt und vergrößert.

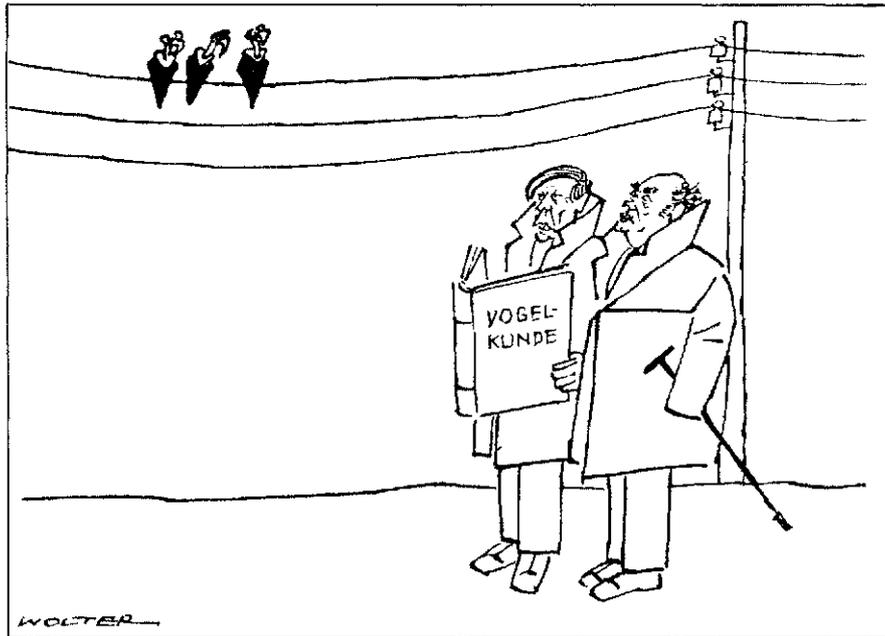
Früher wußten die Gewerkschaften sehr wohl, daß sie für erhöhte Einfuhrpreise ohne Gefahr für Gewinne, Investitionen und damit für die Jobs keinen Ausgleich von heimischen Firmen verlangen können, die von einer solchen Teuerung ja keineswegs profitieren. 1974, nach der Ölkrise, war das ganz anders. Damals setzten die Gewerkschaften „zum Ausgleich für die ölpreisbedingte Verteuerung der Lebenshaltung einen entsprechenden Zuschlag bei den Lohnerhöhungen“ durch (Ifo-Institut).

Die Folge: Die gesamte zusätzliche Ölrechnung des Landes wurde allein von den Unternehmen, deren Erträge ohnedies schon gedrückt waren, bezahlt.

Gewiß hätte die Ölkrise allein schon ausgereicht, um die westdeutsche Öko-

ny“ für ausländische Kunden so kostspielig und die Konkurrenzprodukte von jenseits der Grenzen so preiswert, daß sie hierzulande nicht mehr mit Gewinn hergestellt werden können.

Die Produktionen, die auf diese Art plötzlich unrentabel wurden und deshalb stillgelegt werden mußten, und die Arbeitsplätze, die damit verloren gingen, konnten gar nicht sofort durch andere, neuartige ersetzt werden. Denn auch die hochflexiblen Marktwirtschaften des Westens, die sich stets wesentlich besser und schneller an alle Änderungen — an veränderte Käuferwünsche etwa oder an veränderte Kosten — angepaßt haben als die östlichen, von schwerfälligen Bürokratien gesteuerten Systeme, können ihre Produktionsstruktur nicht von gestern auf heute umkrepeln.



Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt

„Sehen Sie, Graf Lambsdorff, Schwalben haben doch auch eine ganz andere Schwanzform ...“

nomie und alle anderen Industriestaaten kurzfristig aus dem Gleichgewicht zu bringen. Denn die abrupte Energiepreiserhöhung führte zunächst dazu, daß ganz plötzlich einige Produktionen weniger rentabel wurden und viele Waren weniger gefragt — da sich manche besonders energie-intensive Güter mehr als andere verteuerten und deshalb geringere Absatzchancen hatten, da die Erdölproduzenten, an die alle Europäer, Japaner und Amerikaner einen größeren Teil ihres Einkommens abliefern mußten, weniger heute, dafür mehr in der Zukunft einkaufen wollten.

Und ähnliches geschah den Deutschen dann gleich noch einmal. Die mächtige Verteuerung der deutschen Währung an den Devisenbörsen (Aufwertung der Mark gegenüber den Valuten der wichtigsten Handelspartner seit Ende 1972 bis jetzt: 47 Prozent) machte manche Maschinen oder Textilien mit dem Siegel „Made in Germa-

Auch in einer kapitalistischen Ökonomie, wo nicht ein paar Beamte auf verschlungenen Dienstwegen, sondern viele hunderttausend Unternehmer und solche, die es werden wollen, direkt am Markt nach neuen Konsumentenwünschen und nach neuen Technologien suchen, braucht es — jedenfalls bei abrupten Umbrüchen — ein wenig Zeit, bis Altes durch Neues ersetzt werden kann.

Ein Teil der Arbeitslosigkeit, die mit der Ölkrise und den Wechselkurs-Veränderungen oder kurz danach entstand, war deshalb sicherlich nicht zu verhindern. Es sei denn, der Staat hätte allen konkursreifen Firmen auf Kosten der Steuerzahler eine ewige Absatzgarantie erteilt und deren unverkäufliche Waren bis zum jüngsten Gericht in Lagerhäusern gestapelt. Und was vielleicht zu verhindern war — das Aufkommen übertriebener Ängste, die kurz nach dem Ölschock in den Firmen umgehen-

STS

Sicherheitstechnische Anlagen und Systeme

Sind Sie wirklich sicher, daß in Ihrem Unternehmen alles Erforderliche für die Sicherheit getan ist?

Risikoanalysen
technischer Prozesse,
Sicherheitsforschung, Ausarbeitung
von Gesamtsicherheitskonzepten,
Installation von Überwachungs-,
Kontroll- und Informationssystemen,
Planung und Organisation
für
Industrie, Banken,
Behörden und
Dienstleistungsunternehmen.

STS ist
Berater, Generalplaner
und Generalunternehmer
für die Lösung der
Sicherheitsprobleme in Ihrem
Verantwortungsbereich.

Bitte besuchen Sie uns auf
der Security '78, Essen,
Halle 8, Stand-Nr. 8182
oder fordern Sie
Informationsunterlagen an.

STS
Sicherheitstechnische
Anlagen und Systeme
Zweigniederlassung
der Dornier System GmbH
Postfach 17-24
D-7990 Friedrichshafen 1
Telefon (07541) 2 50 58, Telex 0734 206

DORNIER
im Dienste der Sicherheit

Eine seiner angenehmsten Gewohnheiten: Silvestre. Männlich frisch.



Den männlich frischen Duft von Silvestre gibt es als Eau de Cologne, After Shave, Shaving Foam, Deodorant Stick, Deodorant Spray, Soap, Hair Lotion.



Eine der vier Herrenserien von Victor.

de Furcht, daß nun bald gar nichts mehr liefe —, hat die Regierung mit hinreichendem Aufwand abzuwenden versucht.

„Kurzfristig“, so schrieb seinerzeit der Sachverständigenrat, „stellte die Ölkrise eine schwere Belastung dar.“ Auf mittlere Frist (das sind vier bis fünf Jahre) dagegen sei auch die drastische Energiepreiserhöhung „für die reichen Industriestaaten kein Problem, dem sie nicht gewachsen sein müßten“.

Warum heute, fast fünf Jahre nach der abrupten Verteuerung des Ölpreises, die Stellen am Arbeitsmarkt immer noch knapp und die Investitionen, die neue Jobs schaffen könnten, gering sind, erklären die meisten Forscher unterdes so: Die hohen Reallohn-Zuwächse, die sich Westdeutschlands Arbeitnehmer während der Ölkrise und zuvor erstritten, und die nur kleine Zurückhaltung an der Tariffont seitdem haben den nötigen Strukturwandel, die Umstellung auf andere Produktionen, die Gründung neuer Unternehmen und damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze als Ersatz für die obsolet gewordenen bislang erheblich behindert.

Die immer wieder geleisteten Schwüre, Bonn werde für die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung sorgen, und die immer neuen Konjunkturprogramme, die Westdeutschlands Gewerkschaften zu dieser Lohnpolitik verführten, haben einen großen Teil des Übels, das sie zu bekämpfen versprochen, erst geschaffen oder zumindest entscheidend verschlimmert.

Schon heute fürchtet etwa Bernhard Filusch, Konjunkturchef des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, daß auch das jüngste Bonner Programm — dessen Konzept er ohnedies mit dem „Vorgehen eines Mechanikers“ vergleicht, „der bei einem wegen Motorschadens steckengebliebenen Fahrzeug dem Dach und der Polsterung eine größere Aufmerksamkeit widmet als dem eigentlichen Defekt“ — wieder auf ähnliche Art mehr Unheil als Nutzen stifte.

Und was dann kommt, scheint jetzt schon gewiß: noch weitere Konjunkturprogramme, die wiederum neue erforderlich machen, und am Ende immer mehr und immer größere Staatseingriffe.

Keynes, der Erfinder der Konjunkturpolitik, hatte sein Konzept erdacht, um die kapitalistischen Wirtschaften zu erhalten und zu stabilisieren: Denn ihre Vorteile, so schrieb er, „sind vielleicht sogar noch größer, als das 19. Jahrhundert vermutete“. Der Individualismus, auf dem sie beruhen, „ist der beste Schutz persönlicher Freiheit. Er ist auch der beste Schutz für die Vielfalt des Lebens“, die verlorengelassen „in gleichmacherischen oder totalitären Staaten“.

Es ist nicht gewiß, daß die Wirtschaftspolitiker von heute diese Mahnung im Ohr behalten.

Ende